

Geschlossene Gesellschaft

Unerwünscht: Ausländer in der DDR – Asylanten aus der DDR

Jochen Stadt

Zu ausländerfeindlichen Ausschreitungen, an denen sich größere Gruppen meist junger Männer unter Zustimmung von Anwohnern beteiligen, kam es in den neuen Bundesländern seit 1990 immer wieder. Die fremdenfeindlichen Zwischenfälle in den neuen Bundesländern haben aktuelle Gründe, aber auch eine lange Vorgeschichte in der DDR. Der SED-Staat sorgte seit den fünfziger Jahren für eine restriktive Ausländerpolitik. Im Januar 1964 lebten in der DDR 18 500 Ausländer – ausgenommen die sowjetische Besatzungsmacht und deren Angehörige. 32,6 Prozent der Ausländer kamen aus sozialistischen Ländern. Aus kapitalistischen Ländern waren Österreicher (2 971) und Schweizer (2 177) am stärksten vertreten, gefolgt von Griechen (1 904) und Italienern (1 010). Die Zahl der Algerier, Schwarzafrikaner und Inder lag zusammengenommen unter 1 000. In Westdeutschland traf im gleichen Jahr, am 10. September 1964, der einmillionste Gastarbeiter ein. Er kam aus Portugal und erhielt auf dem Bahnhof Köln-Deutz einen feierlichen Empfang und ein Mofa als Gastgeschenk. Von 1961 bis 1970 stieg der ausländische Bevölkerungsanteil in der Bundesrepublik von 1,2 Prozent auf 4,3 Prozent.

Doch schon in einem Ausländeranteil von 0,1 Prozent der Gesamtbevölkerung sahen DDR-Sicherheitsorgane 1964 ein Risiko. Eine Abteilung des Staatssicherheitsdienstes bearbeitete seit 1959 alle in der DDR lebenden Ausländer „abwehrmäßig“. Im Dezember 1962 verfaßte diese MfS-Abteilung eine Einschätzung ihrer „Abwehrarbeit in den Aufnahmeheimen der DDR“. Sie empfahlen darin, „den Zustrom der Ausländer, die um Aufnahme in der DDR ersuchen, relativ stark einzudämmen“, außerdem sollten „solche, die sich nicht in das gesellschaftliche Leben der Deutschen Demokratischen Republik eingliedern, ausgewiesen werden“.¹

Nach dem Mauerbau erregte das Privileg der Ausländer, weiterhin nach West-Berlin reisen zu können, das Mißtrauen der Staatssicherheit und die Mißgunst von DDR-Inländern. Die Ausländerüberwachung der Stasi registrierte, daß 31 Prozent aller in der DDR lebenden Ausländer von März 1962 bis November 1963 West-Berlin besuchten und witterte Spionagenetze. Zugleich hielt sie in ihren Stimmungsberichten volkseigene Meinungen fest wie „diese Leute leben von unseren Errungenschaften und kaufen auch noch im Westen ein“. So oft den DDR-Oberen der „proletarische Internationalismus“ auf der Zunge lag, so wenig lag er ihnen und ihren Untergebenen allerdings am Herzen. Am 17. September 1963 stimmte das SED-Politbüro in seiner Sitzung der Entsendung von „FDJ-Brigaden der Freundschaft“ in mehrere schwarzafrikanische Länder zu, um dort für den SED-Staat und seine völkerrechtliche Anerkennung zu werben. Auf der gleichen Sitzung beschloß man eine „Veränderung des Aufnahmeverfahrens für Ausländer, Rückkehrer und Zuziehende“. Demnach sollten Ausländer, die keine Genehmigung zur Übersiedlung in die DDR besaßen, nicht mehr aufgenommen, sondern mit der Empfehlung zurückgewiesen werden, einen schriftlichen Antrag an das DDR-Außenministerium zu richten und die Entscheidung in ihrem Heimatland abzuwarten. Davon auszunehmen seien nur solche Ausländer, die ihre politische Verfolgung nachweisen könnten. Diese seien in das Aufnahmeheim Molkenberg bei Fürstenwalde einzuweisen.

¹ MfS: Analyse vom 12. Januar 1964 der bisherigen Erfahrungen in der operativen Bearbeitung von Ausländern, die ständig oder zeitweilig in der DDR wohnhaft sind. BStU, ZA, MfS Allg. S 161/68 Bd. 2a.

Auch die Rückkehrer und Staatsbürger kapitalistischer Staaten einschließlich Westdeutschland, die in der DDR ihren Wohnsitz nehmen wollten, seien in ein Aufnahmeheim einzuweisen. „Erfolgt innerhalb von 4 Wochen keine Entscheidung über den gestellten Antrag, sind diese Personen nach Westdeutschland oder Westberlin zurückzuweisen.“²

Da es in der DDR bis in die siebziger Jahre nur wenige Ausländer gab, blieb die Ausländerfeindlichkeit eine Gesinnungsfrage. Das änderte sich rasch als die DDR-Wirtschaft ausländische Vertragsarbeiter ins Land holte. Deren Zahl lag 1966 bei 3 500, stieg bis 1980 auf 26 000 an und erreichte 1989 einen Stand von 93 000. Vor allem der kürzlich verstorbene Zauberkünstler auf dem Devisenmarkt Alexander Schalck sorgte in den 1980er Jahren für einen „Zustrom der Ausländer“ in die DDR, den dieses weltfremde Land nicht verkraften konnte. Auf Grundlage des Regierungsabkommens vom 11. April 1980 kamen zunächst 1 534 gut ausgebildete vietnamesische Arbeitskräfte in 49 Betrieben der DDR zum Einsatz. Der Staatssekretär für Arbeit und Löhne Wolfgang Beyreuther berichtete dem DDR-Wirtschaftsführer Günter Mittag im Dezember 1980, die vietnamesischen Arbeitskräfte seien diszipliniert und hätten bereits kurz nach ihrer Einarbeitung durchschnittliche bis überdurchschnittliche Leistungen erbracht. In einigen Betrieben sei es aber gerade deswegen zu Problemen gekommen: „Die fleißige Arbeit und gute Disziplin der vietnamesischen Werk tätigen stößt bei einigen unserer Werk tätigen, die eine mangelhafte Arbeitseinstellung haben, auf Unwillen und Gegenreaktionen. Sie versuchen, die vietnamesischen Werk tätigen auf das von ihnen für richtig gehaltene Diszipliniveau herunterzuziehen.“ Im VEB IFA Automobilwerk Ludwigsfelde habe „eine Gruppe von Werk tätigen, die für ihre schlechte Arbeitsdisziplin im Betrieb bekannt war, mit Drohungen versucht, die vietnamesischen Werk tätigen von ihrer guten Planerfüllung abzubringen. Weil die vietnamesischen Werk tätigen auf Drohungen nicht reagierten, wurde eine Schlägerei organisiert. Die Täter wurden wegen Rowdytums im schweren Fall verurteilt.“ Auch aus den Betrieben VEB BWF Marzahn, Autotrans Berlin und Wema Aschersleben lagen ähnliche Berichte vor.³

In den achtziger Jahren trug maßgeblich Schalck zur Herbeischaffung und Verteilung der vietnamesischen Arbeitskräfte bei, die er in seinen Schreiben meist nur als VAK kürzelte. Ordentlich bürokratisch niedergeschrieben las sich das dann so: „Auf Grund des Beschlusses vom 23.9.1987, der Festlegung des Vorsitzenden der SPK vom 11.12.1987 und der Entscheidung zur Fortschreibung der Zuordnungsgrößen für ausgewählte Ministerien erfolgte bis 31.12.1988 die Anreise von 31 940 VAK. Im Rahmen des bestätigten Überhangs 1989 in Höhe von 1 727 VAK werden bis auf die Anreise von 544 VAK im II. Quartal 1989 die Beförderungsleitungen für alle Ministerien zur Gewährleistung des Einsatzes von insgesamt 33 677 VAK bis zum 31.3.1989 vollständig erfüllt.“ Es seien 7 048 Arbeiterwohnunterkünfte errichtet worden. Aus einem Besprechungsprotokoll mit mehreren Firmen vom 5. Februar 1988 geht hervor, wie Schalck die Unterkünfte für seine VAKs ausstatten ließ. Vier Personen wurden in einem 20 Quadratmeter großen Raum untergebracht. Es gab darin vier Betten, vier Nachttische, vier Schränke in der Mitte des Raumes, einen 1,20 Meter mal 80 Zentimeter großen Tisch, vier Stühle, ein Waschbecken und einen Kühlschrank. Obwohl man die Vietnamesen in der DDR faktisch ghettoisierte, regte sich in der Bevölkerung Unmut gegen sie als neue Nachbarn. So zum Beispiel in Schwerin, wie einem Vermerk Schalcks

2 Protokoll der 32. Sitzung des Politbüros des Zentralkomitees der SED am 17. September 1963. SAPMO-BArch, DY 30 / J IV 2/2/896.

3 Staatssekretariat für Arbeit und Löhne; Beyreuther, Wolfgang: Information vom 15. Dezember 1980 über die Beschäftigung vietnamesischer Werk tätiger in Betrieben der DDR. SAPMO-BArch, ZPA, vorl. SED 26557, Bestand Büro Mittag.

zu entnehmen ist: „Entsprechend einer Bitte des Vorsitzenden des Rates des Bezirks Schwerin“ sei dort in „Reaktion auf Diskussionen der Bevölkerung“ die Zahl der Unterkünfte für Vietnamesen herabgesetzt worden.⁴

Über einen erschreckenden Zwischenfall, der sich als Konsequenz des verwaltungsstaatlichen Ordnungsdenkens 1988 in Erfurt ereignete, informierte der Direktor für Kader und Bildung des VEB Oberbekleidung Erfurt, Menger, „mit sozialistischem Gruß“ am 7. Februar 1988 per Telegramm das Ministerium für Leichtindustrie. Demnach hatte die 25jährige Näherin Kin Thu N., verheiratet in Vietnam, Mutter eines Kindes, „einen Selbstmordversuch verübt – hat sich mit der Schere ein Stück Zunge abgeschnitten. Vermutliche Ursache: Schwangerschaft und der damit verbundene Rücktransport, Angst vor Familie“.⁵

So sehr die DDR-Wirtschaftsführer den Fleiß der vietnamesischen Arbeitskräfte schätzten, so wenig paßte ihnen deren Geschäftstüchtigkeit ins Konzept. Staatssekretär Schalck informierte seinen Chef Günter Mittag im Februar 1988 über einen schwungvollen Handel mit Computern und Zubehör, den maßgeblich in der DDR lebende Vietnamesen und Äthiopier betrieben und meinte darin „Ansätze parasitärer Lebensweisen“ zu erkennen. Mit Unterstützung einiger Diplomaten hätten diese Ausländer ein regelrechtes Verkaufsnetz in der DDR geknüpft. Allein im November und Dezember 1987 erwarben die Ankaufsstellen des DDR-Gebrauchtwarenhandels von ihnen Computer im Wert von 120 Millionen Mark. Einrichtungen des DDR-Gebrauchtwarenhandels boten die Computer zum Teil in Originalverpackung an und verkauften sie Volkseigenen Betrieben. Das VEB-Glaskombinat „Schwarze Pumpe“ orderte beispielsweise von Juli bis November 34 Computer und 127 Tischrechner sowie Festplatten und anderes Zubehör im Wert von 1,97 Millionen Mark. Die gezahlten Preise lagen im Verhältnis selbst zum Einzelhandelspreis im westlichen Ausland höher als das Verhältnis, zu dem westliche Banken die Mark der DDR gegen DM tauschten. Die Vietnamesen erwarben von ihren Erlösen Mopeds, die sie an ihre Landsleute zum Export nach Vietnam weiterverkauften.

Schalck reichte in der Anlage seines Schreibens an Mittag eine Namensliste von 115 Vietnamesen ein, die Computer und elektronische Geräte an den DDR-Gebrauchtwarenhandel verkauft hatten. Hinter jedem Namen sind die Geräte und deren Wert aufgeführt. Spitzenreiter war Nguyen Manh Chuong mit einem Handelsvolumen von 1 248 149,- Mark, gefolgt von Nguyen-Van Dung mit 1,2 Millionen und Nguyen Le Giang mit 904 180 Mark. O-Ton Alexander Schalck: „Die dargelegten Erscheinungen fördern bei einer Reihe von Bürgern Tendenzen der Bereicherungssucht: Versuche, auf Kosten anderer und auf unehrliche Weise Geld zu verdienen, wachsen. Ansätze parasitärer Lebensweisen, die auch in der Öffentlichkeit sichtbar werden, sind dabei unverkennbar. All das stößt bei Bürgern der DDR, die redlich und in Übereinstimmung mit ihrem Anteil an der Erfüllung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben ihr Geld verdienen, auf Unverständnis.“⁶

Auf Unverständnis stießen bei manchem DDR-Gemüt freilich nicht nur Ausländer, die zu fleißig oder zu geschäftstüchtig waren, auch ihre schlichte Anwesenheit bei den üblichen Volksvergnügen führte häufig zu Problemen. Über Rechtsverletzungen durch ausländische Vertragsarbeiter in der DDR führte das MfS Statistik. Für das erste Halbjahr 1979 fiel sie folgendermaßen aus:

4 Schalck, Alexander; KoKo: Schreiben Alexander Schalcks vom 8. März 1989 zum Einsatz vietnamesischer Arbeitskräfte in der DDR. BArch Berlin, DL 2/KoKo/564.

5 MfS, HA XVIII: Besonderes Vorkommnis. BStU, ZA, MfS - HA XVIII Nr. 16785.

6 Schalck, Alexander; Zollverwaltung der DDR: Information vom 22. Februar 1988 zu aktuellen Problemen des Schmuggels und der Spekulation mit Erzeugnissen der Computerindustrie. BArch Berlin, DL 2/KoKo/1372.

Körperverletzungen 289, davon durch Algerier 196, durch Ungarn 43, durch Polen 23, durch Kubaner 27; Vergewaltigungen 24, davon 15 durch Algerier, 5 durch Ungarn, 3 durch Kubaner, 1 durch Polen; Diebstahl 55, davon 31 durch Algerier, 11 durch Ungarn, 11 durch Polen, 2 durch Kubaner; sexueller Mißbrauch von Kindern 19, davon 9 durch Algerier, 1 durch Ungarn.⁷

Zwar verzeichnen die Tagesrapporte der Volkspolizei seit Mitte der 1970er Jahre eine wachsende Zahl von Zusammenstößen zwischen Deutschen und in der DDR lebenden Ausländern, eine Statistik führte man darüber jedoch nicht, obwohl die überlieferten Volkspolizei- und MfS-Meldungen zahlreiche entsprechende Mitteilungen enthielten. Der Historiker Harry Waibel fand in den Überlieferungen des DDR-Staatssicherheitsdienstes mehr als 8 600 Meldungen und Berichte über ausländerfeindliche, neonazistische und antisemitische Vorfälle. In seinem Buch über den gescheiterten Anti-Faschismus der SED führt er zahlreiche Beispiele solcher Ereignisse an, darunter auch zum Teil pogromartige Ausschreitungen bei denen es Verletzte und mindestens zehn Todesopfer gab.⁸ Darunter befanden sich allerdings auch DDR-Bürger, die bei Zusammenstößen ums Leben kamen.

Verantwortungsgemeinschaft – SPD und SED stoppten 1986 den Asylantenzustrom

Im innerdeutschen Politschacher wuchs Mitte der 1980er Jahre ausländischen Zuwanderern eine unerwartete Bedeutung zu. Die DDR schleuste Asylbewerber über ihre Flughäfen in den Westen. Das brachte ihr zunächst Devisen und bald auch unerwartetes politisches Kapital ein. Im Januar 1985 telegrafierte der Ständige Vertreter der DDR in Bonn, Ewald Moldt, nach Ost-Berlin: „Schäuble sprach Frage Asylbewerber dritter Staaten über Flughafen Schönefeld nach Westberlin an, was zunehmend Problem für BRD schaffen würde. Bat um Prüfung, welche Möglichkeiten DDR im Sinne gutnachbarlicher Zusammenarbeit sehe, um Problem einzugrenzen. Habe erklärt, daß dies nicht Problem DDR sein kann.“⁹

Eine Woche später äußerte sich der Ständige Vertreter der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin Hans Otto Bräutigam zum gleichen Thema. Ernst Otto Schwabe, Chefredakteur der außenpolitischen DDR-Zeitschrift *horizont*, berichtete der SED-Führung über die Unterredung. Bräutigam habe ihm gegenüber erklärt, die Bundesrepublik sei längst – zumindest, was die offiziellen Stellen anbelangt – über die Zeit hinaus, da man sich über jeden Zuzug gefreut habe. „Die Asylanten würden in zunehmendem Maße Kopfzerbrechen bereiten. Es würden sich ernsthafte Gespräche mit der DDR wegen der Schließung der ‚Lücke‘ auf dem Bahnhof Friedrichstraße nach Westberlin notwendig machen.“ Im gleichen Gespräch äußerte Bräutigam sein Unverständnis über die Veröffentlichung zur „Respektierung der Staatsbürgerschaft“ im *Neuen Deutschland*. „Das sei ein sehr heikles, ja, das Grundsatzproblem in den Beziehungen zwischen unseren beiden Staaten. Nach der Unterredung mit Erich Honecker habe der damalige Bundeskanzler Schmidt in seinem Bericht erstmals auf die Problematik der Respektierung der Staatsbürgerschaft hingewiesen. Die SPD hätte sich langsam an dieses Problem herangetastet. Aber auch die SPD könne nicht offen die Veränderung des Grundgesetzes fordern, worauf praktisch unsere Forderung hinauslaufe. Er glaube, daß sich die SPD in nächster Zeit in Staatsbürgerschaftsfragen nach der Veröffentlichung dieses Papiers im

7 MfS, HA II: MfS HA II: Übersicht vom Juli 1979 über Zusammensetzung der strafbaren Handlungen und Vorkommnisse im 1. Halbjahr 1979. BStU, ZA, MfS - HA II Nr. 31933.

8 Vgl. Waibel, Harry: „Der gescheiterte Anti-Faschismus der SED, Rassismus in der DDR“. Frankfurt am Main 2014.

9 Moldt, Ewald; Ständige Vertretung der DDR: Telegramm vom 23. Januar 1985 an Nier, Seidel, Kopie Rettner, betr. Gespräch mit Schäuble am 22. Januar. SAPMO-BArch, ZPA, vorl. SED, 37071/2, Abteilung für Internationale Politik und Wirtschaft.

Neuen Deutschland sehr zurückhalten werde. [...] Ihm, Bräutigam schein es, bei aller Bedeutung dieser Frage, auch nicht praktikabel, die Probleme zwischen uns mit dem Hebel der Staatsbürgerschaft zu regeln.“¹⁰

In der Folgezeit brachte ein westdeutscher Politiker nach dem anderen das Thema bei allen möglichen Gelegenheiten gegenüber DDR-Funktionären zur Sprache. So am 12. März 1985 der Regierende Bürgermeister von Berlin Eberhard Diepgen gegenüber dem SED-Politbüromitglied Herbert Häber: „Kompliziert sei das Problem der Asylanten. Er hoffe, daß die DDR die Zusage gegenüber skandinavischen Ländern auch auf Westberlin anwende.“ Häber antwortete, was die Asylanten betreffe, „so gehe die DDR konsequent vom Prinzip der Transitfreiheit aus. Es sei eine seltsame Forderung, von uns zu verlangen, daß die DDR für Westberlin ein Grenzregime errichte. Die Frage, wer nach Westberlin einreist, ist Sache von Berlin (West) selbst.“ *Die Zeit* konstatierte am 8. April 1985, West-Berlin habe ein besonderes Problem. „Dort karret die DDR wöchentlich Hunderte von Asylbewerbern an. Aber sie kann an ihnen nur dank der anscheinend unumstößlichen Regel verdienen, daß es am Grenzübergang in den Westen keine Kontrollen gibt. Warum nicht?“¹¹

Am 23. März 1985 wandte sich die Bundesregierung mit einem Aide-memoire an die DDR und bat um eine Unterbindung der Einreise via Schönefeld. 1984 seien mehr als 10 000 Personen auf diesem Weg in das Bundesgebiet gekommen. „Die Bundesregierung bittet darum, daß die Deutsche Demokratische Republik Reisenden, die in die genannten Gebiete weiterreisen wollen, – entsprechend der internationalen Gepflogenheit – einen Transitsichtvermerk nur erteilt beziehungsweise die Weiterreise nur gestattet, wenn sie im Besitz eines für ihr Reiseziel notwendigen Sichtvermerks oder einer Aufenthaltserlaubnis sind.“ Die DDR antwortete darauf ihrerseits mit einem Aide-memoire, in dem sie sich auf die Grundsätze des Abkommens von Barcelona aus dem Jahr 1921 über die Freiheit des Durchgangsverkehrs bezieht. „Durch das Hoheitsgebiet der Deutschen Demokratischen Republik kann jeder Ausländer – ungeachtet seiner Nationalität, seiner Rasse, seiner Religion, seiner politischen Überzeugung und seines Herkunftslandes – ohne jegliche Beschränkung im Transit reisen.“ Dieser Grundsatz entspreche auch der „Internationalen Konvention über zivile und politische Rechte“ aus dem Jahr 1966.¹²

Vier Monate später reagierte die DDR dann doch auf den westdeutschen Druck und verwehrte ab dem 15. Juli 1985 ausgerechnet den tamilischen Bürgerkriegsflüchtlingen die Durchreise in die Bundesrepublik. DDR-Staatssekretär Alexander Schalck hatte die Regelung „auftragungsgemäß“ mit dem Ministerium für Staatssicherheit und dem DDR-Außenministerium abgestimmt. Flüchtlinge aus Sri Lanka erhielten von der DDR-Botschaft in Colombo nur dann ein Transitvisum, wenn sie ein Anschlußvisum für die Bundesrepublik vorweisen konnten. Auch die Sowjetunion zog mit und wies ihre Fluggesellschaft Aeroflot an, ab 15. Juli 1985 keine Tamilen mehr in die DDR zu befördern.¹³

10 Schwabe, E. O.; Chefredaktion *horizont*: Vermerk vom 1. Februar 1985 über ein Gespräch mit Dr. Hans Otto Bräutigam, Leiter der Ständigen Vertretung der BRD in der DDR, am 1. Februar 1985. SAPMO-BArch, IPA, J IV 2/1004/15, Bestand Abteilung für Internationale Politik und Wirtschaft.

11 Häber, Herbert: Information vom 13. März 1985 über eine Unterredung mit dem Regierenden Bürgermeister von Westberlin, Eberhard Diepgen, am 12. März 1985 in Leipzig. SAPMO-BArch, ZPA, J IV 2/1004/31, Bestand Zentralkomitee/Internationale Politik und Wirtschaft.

12 Bundesregierung; Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR: 850322-0402, Aide-mémoire der Bundesregierung zur Frage der Asylsuchenden vom 22. März 1985, Antwort der DDR darauf vom 2. April. SAPMO-BArch, IPA, J IV 2/1004/15, Bestand Abteilung für Internationale Politik und Wirtschaft.

13 Telefonnotiz vom 3.7., 12.30 Uhr: „Anruf Genossen Henkes: ‚Aeroflot hat allen Vertretungen verboten, daß sie ab 15.7. Tamilen in die DDR befördern‘.“ BArch, DL 2/KoKo/1229.

Der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß äußerte gegenüber Erich Honecker, als er mit ihm am 1. September 1985 auf der Leipziger Messe zusammentraf, seine Anerkennung dafür, „daß die DDR trotz der Schwierigkeiten, die sich für sie ergeben, den Asylantenstrom gestoppt hat. Das gelte vor allem für Asylanten aus Sri Lanka. Sorgen bereiteten jetzt Afrikaner, die über alle möglichen Wege in die BRD kämen, namentlich immer dann, wenn in einem der afrikanischen Länder wieder einmal ein Putsch stattgefunden habe.“¹⁴

Kurz danach bedankte sich auch der SPD-Vorsitzende Willy Brandt bei Erich Honecker bei seinem Besuch am 19. September 1985 in Ost-Berlin. Die Bundesregierung habe ihn gebeten, „ihre Dankbarkeit zu übermitteln, daß die DDR die Ausreise der Tamilen gestoppt habe. Begrüßen würde man eine Zurückdrängung auch bei Einreisewilligen aus anderen Ländern.“ Im Laufe der Unterredung sagte Honecker im Hinblick auf die Bonner Regierungskoalition, er mache „aus dem Interesse auf unserer Seite kein Geheimnis, daß die SPD die Bundestagswahl gewinnt“.¹⁵

Im Laufe des Jahres 1985 kamen 73 832 Asylbewerber ohne gültige Einreisedokumente in die Bundesrepublik, über 60 Prozent davon nutzten die Möglichkeit, vom Flughafen Schönefeld in Ost-Berlin direkt nach West-Berlin weiter zu reisen und dort um Asyl zu bitten. DDR-Busse brachten sie vom Flughafen Schönefeld direkt zum Grenzübergang am Bahnhof Friedrichstraße. Am 20. Februar 1986 traf das SED-Politbüromitglied Horst Sindermann in Bonn mit Bundeskanzler Kohl zusammen. Das DDR-Außenministerium hatte Sindermann eine „Argumentationshilfe“ mit auf den Weg gegeben. Demnach sollte zur Frage der Asylanten erklärt werden, daß die DDR „grundsätzlich vom Prinzip der Transitfreiheit“ ausgehe. Auf Ersuchen der Bundesrepublik wende sie seit dem 1. Februar 1986 eine analoge Regelung wie gegenüber Dänemark und Schweden an. Ausgenommen davon sei jedoch der Transit nach West-Berlin. Entsprechend dem Viermächteabkommen von 1971 habe die Bundesrepublik in dieser Frage weder Rechte noch Zuständigkeiten. Die sogenannte Tamilen-Regelung könne nicht als Präzedenzfall herangezogen werden.¹⁶ Das bedeutete faktisch, daß die unkontrollierte Zuwanderung in die Bundesrepublik über Ost-Berlin anhielt.

Am 18. Februar 1986 beklagte das Wolfgang Schäuble gegenüber dem Mitglied des SED-Politbüros Hermann Axen erneut. Axen, der sich zu einem Besuch beim SPD-Parteivorstand in der Bundesrepublik aufhielt, berichtete Erich Honecker, Schäuble habe

14 Honecker, (Büro): Niederschrift über das Gespräch des Generalsekretärs des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker, mit dem bayrischen Ministerpräsidenten und CSU-Vorsitzenden, Franz Josef Strauß, am 1. September 1985 anlässlich der Eröffnung der Herbstmesse in Leipzig. SAPMO-BArch, IPA, J IV /852, Bestand Büro Honecker.

15 Honecker, (Büro): Bericht über das Treffen des Generalsekretärs des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Genossen Erich Honecker, mit Willy Brandt, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Niederschrift über das offizielle Gespräch zwischen dem Generalsekretär des ZK der SED und dem Vorsitzenden der SPD, Willy Brandt, am 19. September 1985. Notiz über das Gespräch unter vier Augen zwischen dem Generalsekretär des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker, und dem Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Willy Brandt, am 19. September 1985. SAPMO-BArch, IPA, J IV 2/201/1654, Bestand Erich Honecker, auch Arbeitsprotokoll Politbüro J IV 2/A 2794.

16 Fischer, Oskar; MfAA: Konzeption für den Besuch des Präsidenten der Volkskammer, Genossen Horst Sindermann, Mitglied des Politbüros des ZK der SED, in der BRD. SAPMO-BArch, ZPA, IV 2/2035/86, Bestand Büro Axen. Vgl. auch Telegramm Sindermanns vom 20. Februar 1986 an Honecker über Gespräch mit Helmut Kohl. SAPMO-BArch, IPA, J IV J/118, Bestand Büro Honecker.

kritisiert, daß keine wirkliche Regelung des Problems erfolgt sei. Die DDR möge endlich nach geeigneten Lösungswegen suchen.¹⁷ Genau das aber tat sie aus eigennützigen Gründen nicht. Als nächster kritisierte Wirtschaftsminister Martin Bangemann bei seinem Besuch in Ost-Berlin am 18. März 1986 gegenüber Erich Honecker, daß eine Begrenzung der Einreise von Asylanten über West-Berlin noch immer nicht erfolgt war. Honecker antwortete, „daß die DDR weder politisch noch ökonomisch an den Asylanten interessiert ist. Was die BRD betrifft, ist das Problem gelöst. Unter Bezugnahme auf sein Gespräch am Vortag mit dem Regierenden Bürgermeister von Westberlin, Diepgen, informierte Genosse E. Honecker, daß die DDR durch die Völkerrechtler das Problem nochmals prüfen wird. Klar ist jedoch, daß Westberlin in die mit der BRD getroffene Regelung nicht einbezogen werden kann, da Westberlin entsprechend dem Vierseitigen Abkommen nicht Bestandteil der BRD ist und auch nicht von ihr registriert werden kann. Der Senat von Westberlin hat keine Hoheitsrechte, es existiert der Besatzungsstatus. Es gibt keine Grenzkontrolle bei Einreisen nach Westberlin, die DDR hält sich strikt an den internationalen Grundsatz der Gewährung der Transitfreiheit.“ Die DDR müsse bei ihrer Entscheidung auch berücksichtigen, daß ihre Beziehungen zu den Ländern aus denen die Asylanten kommen, nicht beeinträchtigt werden.¹⁸ Auch der nordrhein-westfälische CDU-Vorsitzende Kurt Biedenkopf sprach am 28. Mai 1986 bei seinem DDR-Besuch gegenüber Herman Axen das Problem der Zuwanderung an.¹⁹

Im ersten Halbjahr 1986 kamen 53,9 Prozent der 42 268 Immigranten über das Schlupfloch Berlin-Schönefeld in die Bundesrepublik. Keinen davon nahm die DDR auf. Der Transit mußte innerhalb von 24 Stunden erfolgen. Am 14. Juli 1986 schrieb Bundeskanzler Helmut Kohl an Erich Honecker, der Zustrom von illegal einreisenden Ausländern belaste zunehmend die Beziehungen, „die durch Verlässlichkeit und Berechenbarkeit sowie das Bemühen um gute Nachbarschaft gekennzeichnet sein sollten“, und Wolfgang Schäuble, der am 29. August 1986 den SED-Chef in Ost-Berlin besuchte, brachte wiederum die Asylantenfrage zur Sprache. Es dürfe nicht zugelassen werden, daß daraus Belastungen für die Beziehungen entstehen. Die Bundesregierung rechne 1986 mit insgesamt 100 000 Asylanten, davon kämen mehr als fünfzig Prozent über den Flugplatz Schönefeld. Die Bundesregierung habe versucht, die DDR aus der öffentlichen Diskussion dieser Frage herauszuhalten, was aber angesichts der genannten Zahlen nicht mehr möglich sei. Schäuble betonte, daß die DDR mit der Durchreiseerlaubnis für die Asylanten gegen keine rechtliche Position verstoße. Er habe deswegen auch keine Forderung an die DDR zu stellen. „Die Bundesregierung gehe aber davon aus, daß es zu gutnachbarlichen Beziehungen gehöre, wenn sie die Bitte äußere, daß die DDR bei der Lösung dieses Problems helfen möge. Eine solche Bitte richte sie an alle Nachbarstaaten.“ Honecker antwortete, das sogenannte Asylantenproblem müsse in erster Linie die Bundesrepublik lösen. „Er selbst sei in seinem Leben mehrfach auf politisches Asyl und einen Transit angewiesen gewesen. Die Asylbereitschaft verschiedener Staaten habe vielen Menschen während der Zeit des Hitlerfaschismus das Überleben ermög-

17 Axen, Hermann: Telegramm vom 14. Februar 1986 an Erich Honecker über Verhandlungsverlauf mit der SPD und Gespräch mit Wolfgang Schäuble. SAPMO-BArch, ZPA, IV 2/2035/78, Bestand Büro Hermann Axen.

18 Beil, Gerhard: Vermerk vom 18. März 1986 über ein Gespräch des Generalsekretärs des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Genossen Erich Honecker, mit dem Vorsitzenden der FDP und Bundesminister für Wirtschaft der BRD, Dr. Martin Bangemann. SAPMO-BArch, IPA, J IV /885, Bestand Erich Honecker.

19 Seidel, Karl: Niederschrift über das Gespräch des Genossen Hermann Axen, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der SED, mit dem Vorsitzenden der CDU von Nordrhein-Westfalen, Prof. Dr. Kurt Biedenkopf, am 28. Mai 1986 im Hause des ZK der SED. SAPMO-BArch, ZPA, Signatur: IV 2/2035/84, Bestand Büro Hermann Axen.

licht.“ Aus diesem Grund sei der im Grundgesetz der Bundesrepublik enthaltene Paragraph zu begrüßen. Honecker bezifferte die Zahl der über Schönefeld eingereisten Asylanten mit 30 000, davon seien nur 10 000 mit Interflug gekommen, der Rest mit anderen Luftlinien. Der Gewinn von 3,5 Millionen Mark, den Interflug durch den Transport der Asylbewerber mache, sei keinesfalls der Grund für die Haltung der DDR. Auch stimme es nicht, „daß sie mit ihrer Haltung in der Asylantenfrage eine Veränderung des Status Westberlins erreichen wolle.“ Der Status solle im Sinne des Vierseitigen Abkommen weiterbestehen bleiben. Honecker erklärte abschließend die Bereitschaft, daß über das Problem auf Expertenebene weiter verhandelt werden könne.²⁰

Am folgenden Tag kehrten mehrere hochrangige SED-Funktionäre aus Nürnberg zurück, wo sie erstmals als offizielle Beobachter zu einem SPD-Parteitag eingeladen waren. In den Anlagen ihres Berichts über den Parteitag, finden sich Aufzeichnungen der Gespräche mit Hans-Jochen Vogel, Egon Bahr, Oskar Lafontaine und Wolfgang Roth. „In allen Gesprächen wurden Forderungen erhoben, die DDR solle so rasch wie möglich einen eigenen Beitrag leisten, damit der Asylantenzustrom in die BRD über Westberlin gestoppt bzw. reduziert werden könne.“ Vogel habe dies etwas erregt vorgetragen. Die Unionsparteien würden das Thema zum Wahlkampfthema machen. „Die SPD könne einer Änderung des Asylparagraphen des Grundgesetzes schon auf Grund ihrer Tradition nicht zustimmen. Die Stimmung im Lande sei aber mehrheitlich gegen die weitere Aufnahme von Ausländern.“ Lafontaine habe sogar schon überlegt, ob er selbst zu Erich Honecker fahren solle, um die Frage zu besprechen. Lafontaine „habe den Eindruck, die DDR nutze den Hebel Asylanten, um der Bundesregierung ihre Grenzen aufzuzeigen. Das sei im Prinzip verlockend, aber für die SPD nicht hilfreich.“ Die SPD-Bürgermeister wüßten nicht mehr, wohin mit den Asylanten. Der Leiter der SED-Delegation und Chef der SED-Westabteilung Gunter Rettner versicherte seinen Gesprächspartnern, man werde in der DDR über eine Lösung nachdenken.²¹

Eine Woche später fuhr das Mitglied des SPD-Präsidiums Egon Bahr nach Ost-Berlin, um mit Erich Honecker und Hermann Axen über eine Beendigung des Asylantenzustroms zu verhandeln. Die Unterredung fand unter ungewöhnlichen Umständen statt. Honecker und Axen sprachen mit dem SPD-Politiker unter sechs Augen. Keiner ihrer persönlichen Mitarbeiter war wie sonst üblich zugegen. Hermann Axen verfaßte und unterzeichnete selbst den Gesprächsvermerk. Demnach sagte Honecker nach der Begrüßung, „daß er E. Bahr entsprechend des Wunsches des SPD-Vorsitzenden W. Brandt empfangen. Er gab Bahr das Wort. E. Bahr dankte im Namen von W. Brandt für die Möglichkeit dieses Gespräches. Es gehe um die Asylantenfrage.“ Bahr wies zunächst darauf hin, die Bundesregierung werde in Kürze dieses Problem in Hinblick auf den Wahlkampf thematisieren. Die Taktik der Bundesregierung „besteht darin, nach dem Hochheitschen des Themas dann im Spätherbst nach eventuell guten Gesprächen mit der DDR mit einem Ergebnis einen großen Erfolg im Wahlkampf zu erreichen.“ Schäuble habe ihm vor einigen Tagen gesagt, daß er ein konstruktives Gespräch mit Erich Honecker hatte und man sich auf die Fortsetzung von Gesprächen zwischen dem Leiter der Ständigen Vertretung, Dr. Bräutigam, und Beauftragten des Außenministeriums der DDR geeinigt habe. „Eine Analyse des Problems ergebe, daß für das Hochspie-

20 Schindler, Hans: Vermerk über das Gespräch des Generalsekretärs des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Genossen Erich Honecker, mit dem Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramtes, Dr. Wolfgang Schäuble, am 29. August 1986 im Hause des Zentralkomitees. SAPMO-BArch, IPA, Signatur: J IV /841, Bestand Erich Honecker.

21 Abteilung für Internationale Politik und Wirtschaft: Bericht über den Ordentlichen Parteitag der SPD vom 25. bis 29. August 1986 in Nürnberg. SAPMO-BArch, ZPA, J IV 2/1004/6 Bestand Zentralkomitee/Internationale Politik und Wirtschaft.

len des Asylantenproblems keine objektiven Gründe vorhanden sind.“ Es sei aber inzwischen zu einem psychologischen Problem in der Öffentlichkeit gemacht worden. „Die Regierungs-Koalition sage: Da über 50 Prozent der Asylanten über die DDR kämen, spielt die DDR eine Schlüsselfrage. Es sei klar, die DDR gewinnt mit diesem Problem an Einfluß auf die BRD wie noch nie zuvor, vor allem zum ersten Mal in diesem Umfang auf die Innenpolitik der BRD.“ Bahr stellte sodann rhetorisch die Frage, wo eigentlich die Interessen der DDR lägen und fuhr fort: „Gewiß können Sie nicht sicher sein, ob die SPD bei den Bundestagswahlen gewinnen wird. Wir sind es auch nicht. Die Meinungsumfragen zeigen zur Zeit eine Differenz von 3 Prozent zugunsten der CDU. Außerdem müsse man noch bedenken, daß eine Reihe bisher unbekannter Fragen einen Einfluß auf den Wahlkampf ausüben werden, zum Beispiel Zustandekommen und Ergebnisse einer 2. Gipfelkonferenz, der weitere Verlauf der Asylantenfrage. Anfang Dezember sei er, Bahr, in der Lage, mit Plus oder Minus 1 Prozent Genauigkeit etwa eine Aussage über den Wahlausgang zu treffen. Wir verstehen, daß Sie Ihre Linie der Verbesserung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten natürlich auch bei Fortbestand der bisherigen Regierungs-Koalition fortsetzen wollen. Wir berücksichtigen diese Notwendigkeit. Es erhebt sich nur die Frage: gibt es eine Möglichkeit, eine Regelung zu erreichen – nicht eine geschriebene Vereinbarung, sondern eine Regelung, bei der jeder entscheidungsfrei bleibt –, die auch im Hinblick auf das Wahlergebnis vom 25.1.1987 günstig wäre. Im Auftrag von W. Brandt möchte ich mitteilen: Wir wollen in aller Form erklären, daß bei der Regierungsübernahme durch die SPD die Regierung der BRD voll die Staatsbürgerschaft der DDR respektieren wird, und damit dieses Thema beendet wird. Dies soll Teil einer offiziellen Regierungserklärung sein und würde von unserem Kanzlerkandidaten J. Rau zuvor (etwa Ende Oktober) bei der Bekanntgabe seines Regierungsprogramms eindeutig gesagt werden.“

Honecker antwortete, wie er auch schon Schäuble gesagt habe, „das Asylantenproblem ist nicht unsere, sondern Ihre Frage, die der BRD-Regierung“. Die DDR habe stets zwei in der Öffentlichkeit der Bundesrepublik vorgebrachte Argumente zurückgewiesen: „a) Angeblich wolle die DDR durch ihre Forderung, die westlichen Besatzungsmächte und der Senat von Westberlin müssen Entscheidungen treffen, nur die Grenze um Westberlin sanktionieren. Aber es gibt doch schon immer Zollkontrollen an den Übergangsstellen. b) Wurden im Zusammenhang mit der Terroristenfahndung sehr wohl strengere Kontrollen ohne Beeinträchtigung des Westberlin-Status ergriffen. Es gibt also keine stichhaltige Wiederlegung unseres Argumentes, daß von Westberlin aus selbst Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Asylantenproblem getroffen werden müssen. Aber wir wollen uns nicht bei diesem Formelkram allein aufhalten.“ Die DDR sei an einer positiven Entwicklung des politischen Klimas um Berlin interessiert. Honecker bemängelte sodann die öffentlichen Stellungnahmen der SPD. „Obwohl Ihnen wohlbekannt ist, daß die DDR keineswegs Urheber dieses Problems ist, auch nicht aus ökonomischen Gründen. Unser Genosse G. Rettner nahm als Gast an Ihrem Nürnberger Parteitag teil. Es ist außerordentlich bedauerlich, daß sich H.-J. Vogel im Gespräch mit G. Rettner verstieg, die SED leiste mit ihrer Haltung der CDU/CSU Vorschub, wäre praktisch ein Verbündeter der CDU. Herr Bahr, dazu will ich Ihnen in aller Klarheit, in aller Entschiedenheit sagen: Daß ich 1985/86 nicht die Einladung zum Besuch der BRD wahrgenommen habe, liegt einzig und allein daran, weil ich nicht als Wahlhelfer der CDU in Erscheinung treten wollte. Wir wollten nicht, daß die SPD, wie man uns sagte, 6 % weniger Stimmen erhält. Sie wissen, darauf hat Kohl sauer reagiert. Das ist seine Sache, aber daß seitens der Führung der SPD, die doch genau weiß, daß wir alles tun, um der SPD nicht zu schaden, uns einen solchen Antrag auf dem Parteitag anhängt, und daß H.-J. Vogel solche Äußerungen tut, das beunruhigt und befremdet uns sehr. Das entspricht nicht dem

Inhalt der Gespräche, die ich mit W. Brandt geführt habe.“ Honecker wies sodann darauf hin, daß nach Zählung der DDR die Größenordnung der über Schönefeld einreisenden Asylanten wesentlich niedriger liege, als von der Bundesregierung angegeben. Die SED-Parteiführung habe überlegt, „wie wir bei der Wahrung aller Völkerrechtlichen Positionen auf der Ebene einer technischen Vereinbarung zwischen Fluggesellschaften eventuell auf einer Hauptlinie des Zustroms eine Regelung erreichen können. Wir werden also die Angelegenheit prüfen, Herr Bahr, und – wie gesagt – ohne die geringste Veränderung der rechtlichen Positionen, sondern auf technischem Gebiet eine Entschärfung schaffen.“ Bahr habe sich bedankt und um Verständnis gebeten. Außerdem wurde seine folgende Entschuldigung vermerkt: „Was Vogel gesagt hat, das war nicht in Ordnung. Wir haben einen taktischen Fehler begangen. Übrigens hat die Asylantenfrage auf dem Parteitag keine Rolle gespielt. Natürlich unterstützt die DDR/SED nicht die CDU. Die CDU/CSU legt es darauf an, die DDR zu verleumden und dabei die Lösung hinauszuzögern. Aber ich möchte sagen, daß in der Bevölkerung der BRD leider ein zunehmender Unwille über den Zustrom der Asylanten wächst.“ Mit griechischen, italienischen, jugoslawischen Gastarbeitern habe man sich abgefunden. „Auseinandersetzungen begannen bereits mit den Türken. Aber jetzt sollen gar ‚Schwarze‘ kommen. 75 Prozent der Wähler haben durch die Manipulierung Angst vor einer Überfremdung. Die Kohl-Regierung spielt die Ängste dieser 75 Prozent hoch. Das müssen wir zerschlagen. Wenn Kanzlerkandidat J. Rau in der Lage wäre, zu erklären, wir haben mit der DDR gesprochen, sie gibt sich Mühe, dann wäre das eine große Hilfe. Das ist eine Grundüberlegung.“ Er schlage vor, „meine drei Vorsitzenden jetzt sofort zu informieren und Sie dann über unsere Meinung zu unterrichten und Ihnen eventuell den Entwurf einer Erklärung von Rau zu dieser Frage zu übersenden, die wir vereinbaren.“ Honecker stimmte dem Vorschlag zu und bat darum, „Herr Rau möchte bitte einen Satz sagen, daß die Asylantenfrage eine internationale Angelegenheit, ein Gesamtproblem ist“ und fuhr fort, daß im Unterschied zu Frankreich und Großbritannien nur in der Bundesrepublik diese Frage zur Ausländerfeindlichkeit, ja zum Rassismus hochgespielt werde. Schließlich sagte er: „Also bitte informieren Sie. Wir werden uns die Erklärung von Rau ansehen, wir wollen Kohl nicht nutzen.“²²

Näher ansehen mußten sich die Sache dann in Honeckers Auftrag Experten des Ministeriums für Staatssicherheit, des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten und des Verkehrsministeriums. Minister Erich Mielke schickte Honecker am 1. September 1986 die mit Außenminister Oskar Fischer und Verkehrsminister Otto Arndt abgestimmten Vorschläge zur „Veränderung von Modalitäten bei der Beförderung von Flugpassagieren für Bürger festgelegter Staaten nach Berlin-Schönefeld“ mit der Bitte um Entscheidung. Die Vorschläge gingen davon aus, zwischen den betreffenden Fluggesellschaften entsprechende Festlegungen zu treffen. Sie führten zu keiner Veränderung des Rechtsstandpunktes der DDR. Die vorgeschlagenen Maßnahmen sahen vor, daß die DDR-Fluggesellschaft Interflug den Anfang macht und danach Aeroflot und weitere den Flughafen Berlin-Schönefeld anfliegende Fluggesellschaften einbezogen werden. Der von den drei Ministern vorgeschlagene Durchreisestopp für Staatsangehörige des Iran, Libanon und Ghanas ging von der Überlegung aus, „eventuelle Angriffe bezüglich einer Diskriminierung von Bürgern nur eines Staates zu verhindern, gleichzeitig jedoch einen erheblichen Anteil der Personen (ca. 60%) von den Festlegungen zu erfassen“.

22 Axen, Herrmann: Vermerk über ein Gespräch des Generalsekretärs des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Genossen Erich Honecker, mit dem Mitglied des Präsidiums des Parteivorstandes der SPD, E. Bahr (5.9.1986). SAPMO-BArch, IPA, J IV/843, Bestand Erich Honecker.

In den Auslandsvertretungen der DDR sollten künftig Transitvisa nur erteilt werden, wenn der Nachweis eines Einreise-, Durchreise- bzw. Wiedereinreisevisums erbracht wird, wenn persönliche Gefährdung oder andere humanitäre Gründe vorliegen oder wenn der Nachweis erbracht wird, daß der Aufenthalt nur zeitweilig beabsichtigt werde. Für die Unterbringung und Rückführung von in Schönefeld eintreffenden aber nicht zum Transit zugelassenen Personen sollten „provokativ-demonstrative und andere auf die Erzwingung des Transits nach Westberlin oder gegen eine Rückführung gerichtete Handlungen vorbeugend verhindert [...] und eine Öffentlichkeitswirksamkeit auf jeden Fall vermieden“ werden. Falls es zu Störungen durch Verweigerung der Rückführung komme, sollten notwendige Vorkehrungen für einen zeitweisen „Gewahrsam“ durch die Volkpolizei getroffen werden. Außerdem wurden Sicherheitsvorkehrungen in den Auslandsvertretungen der DDR in den betroffenen Ländern sowie der Interflug angeordnet, da mit „terroristischen Anschlägen, Botschaftsbesetzungen, Flugzeugentführungen, Angriffen gegen Personal u.a.“ zu rechnen sei. Mit Unterstützung des MfS kamen „Flugsicherheitsbegleiter“ bei Interflug zum Einsatz. Außerdem wurde angeordnet: „Die Werbung durch INTERFLUG in den drei genannten Ländern für Flüge nach Berlin-Schönefeld ist so zu gestalten, daß eine unmittelbare Bezugnahme auf Möglichkeiten der Weiterreise nach Westberlin nicht mehr erfolgt.“

Die Anlage des Mielke-Schreibens enthielt eine Aufstellung über die Zusammensetzung der via DDR einreisenden Asylbewerber. Von den ca. 40 000 Personen, die zwischen dem 1. Januar und dem 31. August 1986 über Schönefeld nach West-Berlin eingereist seien, stammten 33 Prozent aus dem Libanon, 14 Prozent aus dem Iran, zwölf Prozent aus Ghana, 11,3 Prozent aus Indien, 6,2 Prozent aus Äthiopien und 5,4 Prozent aus der Türkei. 88 Prozent von ihnen seien durch Fluggesellschaften sozialistischer Staaten befördert worden, wobei auf die DDR-Fluggesellschaft Interflug einen Anteil von 30 Prozent entfiel.²³

Während in den DDR-Institutionen die „Vorbereitung der Veränderung von Modalitäten bei der Beförderung von Flugpassagieren für Bürger festgelegter Staaten nach Berlin-Schönefeld“ auf Hochtouren liefen teilte Egon Bahr am 10. September 1986 Erich Honecker schriftlich mit: „Ich kann bestätigen, daß J. Rau eine verbindliche Erklärung in der Vorstellung seines Regierungsprogramms zum Thema der Respektierung der Staatsbürgerschaft abgeben wird, deren Wortlaut Sie ebenfalls vorher bekommen werden.“ Es sei wünschenswert, den ganzen Komplex noch im September abzuschließen. Die beiliegende Erklärung des Bahr-Schreibens enthielt den Vorschlag eines Treffens von Rau mit Honecker. Am Ende der Erklärung heißt es: „Beide Seiten stimmen darin überein, daß Lösungen im Geiste des Grundlagenvertrages und unter voller Anwendung und strikter Einhaltung des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin gefunden werden sollten. In diesem Sinne beabsichtigt die DDR...“ – der Teil, den die DDR in den Text einzufügen habe, sei natürlich offengelassen worden, hieß es in dem Begleitbrief.

Hermann Axen übermittelte Honecker am 11. September den Brief Bahrs und seine Bemerkungen dazu. Der Empfang Raus durch den DDR-Staatschef mitten im Vorwahlkampf, schien ihm dann doch ein zu offenkundiger Affront gegenüber der Bundesregierung Kohl. „Der von E. Bahr übermittelte Entwurf entspricht nicht der zwischen Genossen E. Honecker und E. Bahr getroffenen Verständigung vom 5.9.1986:

23 Mielke, Erich; MfS: Schreiben an Erich Honecker vom 11. September 1986 mit Anlage „Grundsätze für die Veränderung von Modalitäten bei der Beförderung von Flugpassagieren für Bürger festgelegter Staaten nach Berlin-Schönefeld“. SAPMO-BArch, ZPA, IV 2/2035/89, Bestand Büro Hermann Axen. Siehe auch: MfAA: Maßnahmen des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten, des Ministeriums für Verkehrswesen und des Ministeriums für Staatssicherheit zur Durchsetzung der Entscheidung vom 16.9.1986. BArch, DL 2/KoKo/1229.

- In dem gesamten Gespräch war niemals die Rede von einem eventuellen Treffen zwischen E. Honecker und J. Rau.

- Ausdrücklich wurde im Gespräch klargestellt: Von seiten der DDR sind keinerlei staats- bzw. völkerrechtliche Maßnahmen möglich.“ Sodann zitierte Axen die entsprechenden Passagen des Gesprächs, wonach vereinbart sei, daß Rau von sich aus in einer Erklärung Stellung zum Asylantenproblem nehme. „Der Entwurf dieser Erklärung sollte – auf Vorschlag der SPD-Führung – vorher mit der Führung der SED abgestimmt werden.“ Zum weiteren Vorgehen schlug Axen vor, Ewald Moldt solle die Anmerkungen zum Vorschlag der Erklärung Raus und einige weitere vertrauliche Erläuterungen an Egon Bahr übermitteln. Erich Honecker zeichnete „Einverstanden“.

Am 16. September telegrafierte Egon Bahr die Zustimmung des SPD-Rumpfpräsidiums nach Ost-Berlin und bat Hermann Axen um ein weiteres Koordinationstreffen. Axen unterbreitete Erich Honecker folgenden Verfahrensvorschlag:

„1. Information an E. Bahr am 17.9.1986, 14.00 bis 15.00 Uhr.

2. Donnerstag 18.9.1986, vormittags, Information der diplomatischen Vertreter sozialistischer Länder durch das MfAA. 14.00 Uhr Information Bräutigam durch Genossen Nier. 16.00 Uhr Information der diplomatischen Vertreter kapitalistischer Länder Europas durch das MfAA. 18.00 Uhr, Freigabe der bestätigten Pressemeldung durch ADN.“

Was sich die SED von der „Respektierung der DDR-Staatsbürgerschaft“ erwartete, ist in mehreren Grundsatzdokumenten nachzulesen. Das SED-Politbüro verstand darunter die Beendigung der Ausstellung von Pässen an DDR-Bürger, die „Behandlung von DDR-Bürgern, die zeitweilig in der BRD arbeiten als Ausländer“.²⁴ Oder wie Hermann Axen es 1994 formulieren ließ: „Der Begriff Respektierung beinhaltet, daß Staatsbürger eines Staates von anderen Staaten als solche angesehen und behandelt werden müssen. Sie sind in bezug auf jeden anderen Staat Ausländer und können demzufolge nicht als eigene Staatsbürger in Anspruch genommen werden.“²⁵ Das DDR-Außenministerium meinte die Respektierung der DDR Staatsbürgerschaft bedeute eine grundsätzliche Aufgabe der „Obhuts- und Schutzpflicht“ gegenüber Bürgern der DDR durch die Bundesrepublik und den „Verzicht auf die Ausübung diplomatischer konsularischer Schutzfunktionen für DDR-Bürger, Gleichbehandlung der Bürger der DDR wie Bürger anderer Staaten“,²⁶ und der DDR-Innenminister brachte es zusammenfassend auf den Punkt: „Respektierung der Staatsbürgerschaft der DDR durch die BRD bedeutet folglich die Behandlung von Staatsbürgern der DDR durch die BRD als Ausländer.“²⁷

Am 17. September 1986 fand das von Bahr erbetene Gespräch mit Hermann Axen zur letzten Abstimmung statt. Bahr übergab dabei die für den folgenden Tag vorgesehene Erklärung von Johannes Rau. Er bat darum, den Ständigen Vertreter Otto Bräutigam erst um 16.30 Uhr zu informieren, um Rau die notwendige Zeit für die Abgabe seiner Erklärung zu lassen.²⁸ In der von Bahr übergebenen Erklärung, die Rau am folgenden Tag vor der Presse abgeben sollte, hieß es: „Die SPD hält am Asylrecht für politisch,

24 Politbüro des ZK der SED: Maßnahmeplan vom 19. Oktober 1984 zum weiteren Vorgehen gegenüber der BRD. BArch, DL 2/KoKo/1194.

25 Krenz, Egon: Material vom 15. November 1984 zum Begriff der Respektierung der Staatsbürgerschaft der DDR. SAPMO-BArch, ZPA, IV 2/2035/86, Bestand Büro Axen.

26 MfAA: Positionspapier vom 6. September 1984 zur Frage der Respektierung der Staatsbürgerschaft der DDR durch die BRD. SAPMO-BArch, ZPA, IV 2/2037/8, Bestand Büro Joachim Herrmann.

27 Ministerium des Inneren: 13 November 1984 zur Frage der Respektierung der Staatsbürgerschaft der DDR. BStU, ZA, MfS, Rechtsstelle 272.

28 Bahr, Egon: Schreiben an Axen vom 10.9.86, Reaktion Axens darauf vom 11.9.86. SAPMO-BArch, ZPA, Signatur: IV 2/2035/89, Bestand Büro Hermann Axen. Das Original des Briefes liegt in: SAPMO-BArch, ZPA, IV 2/2035/78, Bestand Büro Hermann Axen.

rassisch und religiös Verfolgte fest, wie es im Grundgesetz verankert ist. Sie wird in dieser Haltung durch ihre geschichtlichen Erfahrungen bestärkt. Die Bundesrepublik kann jedoch ebensowenig wie andere europäische Staaten alle Menschen aufnehmen, die in Folge von Kriegen, Menschenrechtsverletzungen und einer ungerechten Weltwirtschafts- und Sozialordnung in steigender Zahl ihre Heimat verlassen.“ Die Bundesregierung habe die Pflicht „eigene Schritte zu unternehmen, innerstaatlich wie im Zusammenwirken mit anderen Regierungen, um den verstärkten Zugang von Personen einzudämmen, bei denen die Voraussetzungen für die Inanspruchnahme unseres Asylrechts nicht gegeben sind“. Es schade unserem Land, „wenn statt dessen die Asylantenfrage dazu mißbraucht wird, eine fremdenfeindliche Atmosphäre herbeizuführen, eine unerreichbare Verfassungsänderung zum Thema des Wahlkampf zu machen“. Statt in diesem Zusammenhang Vorwürfe gegen die DDR zu erheben und „damit Spannungen im Verhältnis zur DDR entstehen zu lassen“, sei es wünschenswert „im Geiste guter Nachbarschaft“ eine kooperative Lösung anzustreben. „In dem kontinuierlichen Meinungsaustausch zwischen führenden Vertretern von SPD und SED hat natürlich auch dieser Komplex eine Rolle gespielt. Bei meinem Bestreben, zu einer fühlbaren Reduktion der die Bundesrepublik belastenden Flüchtlingsbewegung beizutragen, soweit diese Asylanten über die DDR kommen, habe ich festgestellt, daß die Führung der DDR ernsthaft nach Verbesserung des politischen Klimas und Entspannung strebt.“ Er habe von der DDR-Führung „die Zusage bekommen, daß nur solche Personen im Transit befördert werden, die über ein Anschlußvisum anderer Staaten verfügen“.²⁹

In den 13-Uhr-Nachrichten meldet die *Tagesschau* am 18. September 1986: „Die DDR-Führung ist nach Angaben von SPD-Kanzlerkandidat Rau jetzt dazu bereit, den Asylantenzustrom nach Westberlin zu stoppen.“ SPD-Vorstandssprecher Wolfgang Clement erklärte im Interview, mit dieser Zusage werde das „Asylantenproblem“ zahlenmäßig mindestens um ein Drittel reduziert. Auf die Frage, worauf der Sinneswandel der DDR zurückzuführen sei antwortete Clement: „Darauf, daß man intensiv miteinander gesprochen hat. Die DDR ist ganz offensichtlich interessiert, die Politik der guten Nachbarschaft, die wir eingeleitet haben, fortzusetzen. Es haben ja auch andere mit der Führung der DDR verhandelt, möglicherweise nicht so intensiv. Wir sind ja ohnedies der Meinung, daß die Bundesregierung das Asylantenproblem nicht mit der notwendigen Energie in der Sache verfolgt hat, sondern daß sie zugelassen hat, daß sehr viel öffentlich bei uns geredet worden ist, daß die DDR teilweise beschimpft worden ist. Wir haben gesprochen, und es liegt ein Ergebnis vor.“ Auf die Frage, ob der DDR Gegenleistungen versprochen worden seien antwortete Clement: „Nein, diese Zusage, die die DDR gibt, kostet unser Land keinen Pfennig.“ Laut einer dpa-Meldung sagte Johannes Rau zum Vorwurf der Wahlhilfe durch die SED: „Es gibt immer solche Vorwürfe. Man muß tun, was den Menschen hilft.“ Einer anderen dpa-Meldung zufolge soll Rau gesagt haben, „das kostet keinen Pfennig, keinen Milliardenkredit“.

Laut der Nachrichtenagentur AP habe Rau erklärt es sei wünschenswert, „statt öffentlich Vorwürfe gegen die DDR zu erheben und damit Spannungen entstehen zu lassen, im Geiste der guten Nachbarschaft ein kooperatives Verhalten der Regierungen der beiden deutschen Staaten auch in dieser Frage herbeizuführen“. AP meldete am gleichen Tage unter der Überschrift „Parteienstreit zeichnet sich ab“: „In Bonn zeichnet sich unterdessen ein Parteienstreit um das Vorgehen von DDR und SPD ab. Während CDU und FDP positiv auf die Änderung der Transitpraxis reagierten, sprach die CSU von einem ‚plumpen Wahlkampfmanöver‘ Ostberlins zugunsten der SPD. Die Grünen warfen der SPD

²⁹ Die Erklärung findet sich ebenfalls unter SAPMO-BArch, ZPA, Signatur: IV 2/2035/89, Bestand Büro Hermann Axen.

vor, sie habe sich zum ‚Erfüllungsgehilfen der fremdenfeindlichen Asylpolitik‘ der Bundesregierung gemacht. Die Grünen werden als Konsequenz dieser Entwicklung auch bei der DDR-Staatsführung um ein Gespräch nachsuchen, um gegen diesen Verhandlungsschacher auf dem Rücken der Asylsuchenden zu protestieren.“ Auch der SPD-Politiker Bahr erklärte, „durch die Änderung der Transitpraxis sei der Streit über eine Änderung des Grundgesetzes ‚gegenstandslos‘ geworden.“

Das ZDF brachte um 19 Uhr in der *heute*-Sendung ein Gespräch mit Johannes Rau und Egon Bahr. Rau betonte auf die Frage, ob das Ganze eine Art konzertierte Aktion mit der Bundesregierung gewesen sei, daß jeder tun müsse, was er könne und das an Ergebnissen bringen müsse, was er könne. Er habe immer darauf gedrängt, daß der politische Kontakt nicht auf Referentenebene und mit öffentlichen Erklärungen abgewickelt werde. „Wenn Herr Schäuble daran mitgewirkt hat, ist das gut und nicht zu kritisieren.“ [...] Frage: „In wessen Auftrag haben Sie, Herr Bahr, verhandelt?“ Bahr: „Ich habe im Auftrag von Herrn Rau gesprochen. Ich hatte ja nichts zu verhandeln. Ich hatte auf die DDR mit Gesprächen und Argumenten einzuwirken.“ Frage: „Die CDU beanstande, daß Sie Herr Bahr diese Ergebnisse bekanntgegeben haben.“ Bahr: „Wir haben sie ja von der DDR bekommen an Herrn Rau, um sie auch bekanntzugeben. Wir brauchen sie ja nicht geheimzuhalten.“

In der ARD kommentierte das deutsch-deutsche Geschäft Jürgen Engert vom Sender Freies Berlin (SFB) folgendermaßen: „Der Kampf um die Bundestagswahl im Januar nächsten Jahres hat begonnen und Erich Honecker ist mit von der Partie, auf seiten der Sozialdemokratie.“ Wolfgang Schäuble habe sich nach seinen Verhandlungen mit Honecker an die vereinbarte Vertraulichkeit gehalten. Folgende Passage von Axen unterstrichen: „Damit aber wurde Wolfgang Schäuble und mit ihm die Bundesregierung zum Gelackmeierten. Denn gleichzeitig war Egon Bahr in Ost-Berlin umtriebiger zugange mit Herman Axen, dem Spitzenfunktionär aus dem SED-Politbüro, dem Partner beim Verhandeln der SPD über Abrüstung in Europa. Axen lernte, daß das offene Tor Schönefeld nur der CDU/CSU dienlich sei, weil damit die Union Gelegenheit bekomme, das Asylproblem zum Wahlkampfschlager zu machen. Mit Erfolgsaussichten bis weit hinein in die sozialdemokratischen Kreise. Im Zweifelsfall schlägt das Herz der DDR mächtig beim Blick auf die Bundesrepublik für die Rechte nicht, sondern für die linke Seite des politischen Spektrums. Konsequenz, ein Maulkorb für Schäuble, ein Lautsprecher für Egon Bahr. Nicht daß die DDR schon heute auf eine SPD-geführte Bundesregierung ab Januar 1987 in Bonn setzt, sie wollte eine Investition für die Zukunft tätigen.“ In den Tagesthemen um 22.30 Uhr erklärte Egon Bahr: „Ich habe gestern abend gedacht, Mensch, was könnte man eigentlich auf Grund des Kredits, den man sich erworben hat, erst tun, wenn man in der Regierung wäre, wenn das schon möglich ist aus der Opposition heraus.“ Auf die Frage, mit wem er in der DDR verhandelt habe, erwähnte Bahr nur Hermann Axen, nicht jedoch Erich Honecker.

Die CDU/CSU/FDP-Koalition gewann am 25. Januar 1987 die Bundestagswahl, die SPD verlor 1,3 Prozentpunkte und erhielt 37 Prozent. Die von der SED erhoffte Respektierung der DDR-Staatsbürgerschaft durch eine von Johannes Rau geführte Bundesregierung war damit vom Tisch. Glücklicherweise waren 1989 die DDR-Bürger nicht zu Ausländern geworden und die rund 60 000 tamilischen Bürgerkriegsflüchtlinge, die heute noch in Deutschland leben, gelten als gut integriert. Egon Bahr erklärte 1994, als sein Deal mit der SED-Führung bekannt wurde, eine Respektierung der DDR-Staatsbürgerschaft habe faktisch ohnehin stattgefunden, schließlich seien die Papiere von DDR-Bürgern, die ins Bundesgebiet einreisten oder es auf der Durchreise passierten, ja offiziell respektiert worden. Insofern sei das eine Null-Zusage gewesen.

Mocambiquaner in der DDR – Madgermanes heute

In Unterlagen des MfS und der Militärstaatsanwaltschaft finden sich Hinweise auf zwei Todesfälle von Deutschen im Zusammenhang mit fremdenfeindlichen Zwischenfällen. Am 11. Februar 1983 fuhren die Grenzsoldaten Uwe Fröbel (23) und Enrico B. (20) in Begleitung von zwei jungen Frauen mit dem Zug von Meiningen nach Suhl. Als drei mocambiquanische Vertragsarbeiter den Wagen betraten, soll Fröbel geäußert haben: „Guck mal Neger“ oder „Ach Neger“. Daraufhin ging nach Zeugenaussagen der 23jährige Arlindo U. auf Fröbel zu und fragte, warum er ihn beschimpfe. Er packte ihn am Kragen, woraufhin Fröbel ihn wegstieß. U. gab Fröbel eine Ohrfeige, dann ging ein Reisender dazwischen und beendet die Auseinandersetzung. Die Mocambiquaner nahmen im gleichen Eisenbahnwagen Platz. Ein älteres Ehepaar versuchte ihnen zu erklären, warum Neger in der DDR kein Schimpfwort sei. Wenig später legte Felsberto I. (20) Jacke und Uhr ab und ging auf Fröbel zu. Der Mocambiquaner soll ihn dann gefragt haben, warum er den „Kleinen“ geschlagen habe. Um weitere Auseinandersetzungen zu vermeiden, verließ Fröbel das Abteil. Felsberto I. folgte ihm unter Beschimpfungen und schlug auf ihn ein. Uwe Fröbel zog daraufhin seinen Koppel aus und schlug damit zurück. Auch Felsberto I. zog seinen Gürtel aus, wickelte ihn um die Hand und prügelte auf Fröbel ein, der mit dem Rücken zur Ausstiegstür des Waggons stand. Wohl um einen möglichen Fluchtweg zu haben, betätigte Fröbel die Türklinke hinter sich, die Tür flog auf und der Sog des Fahrtwindes riß ihn hinaus. Uwe Fröbel erlag fünf Tage später im Krankenhaus seinen Verletzungen. Gegen die beiden an der Schlägerei beteiligten Mocambiquaner wurde ein Verfahren wegen Mißachtung der Regeln des sozialistischen Gemeinschaftslebens (§ 215 Abs. 1) eröffnet, dessen Ergebnis den Überlieferungen der Militärstaatsanwaltschaft nicht zu entnehmen ist.³⁰

Über die Lage der mocambiquanischen Vertragsarbeiter in der DDR berichtete im Februar 1988 die MfS-Hauptabteilung XVIII, zu deren Aufgabenbereich die Überwachung der DDR-Betriebe gehörte. Im Unterschied zu anderen Ausländergruppen unterlagen demnach die Mocambiquaner einem Pflichttransfer. Sechzig Prozent des 350 Mark überschreitenden Nettoarbeitslohns wurden einbehalten und über das Staatssekretariat für Arbeit und Löhne auf ein gemeinsames Verrechnungskonto beider Staaten überwiesen. Das Geld gelangte, wie einem Entscheidungsvorschlag der DDR-Devisenbeschaffer Degenhard Albrecht (Amt für Außenwirtschaftsbeziehungen), Hertha König und Alexander Schalck (Kommerzielle Koordinierung) für das SED-Politbüro zu entnehmen ist, gar nicht in die Verfügungsgewalt der Volksrepublik Mocambique. Sie war 1988 mit 375 Millionen Dollar gegenüber der DDR verschuldet. Nach Stundungsabkommen von 1983 und 1985 verweigerte die DDR im Dezember 1987 eine weitere Stundung der aufgelaufenen Schulden. Die eigentlich für den Transfer ins Heimatland den mocambiquanischen Arbeitskräften vorenthaltenen Lohnanteile kamen, wie es in dem Papier der Devisenbeschaffer um Staatssekretär Schalck in schönstem DDR-Bürokratendeutsch hieß, der „Nutzbarmachung von Forderungsbeständen, zu deren Abbau es keine reale andere Alternative gibt“ zugute. Um nicht ohne zusätzliche Lieferungen ins Passiv zu geraten, sollten von 1991 bis 1995 mindestens 18 000 Mocambiquaner in der DDR arbeiten. In Verhandlungen mit Mocambique sei zu sichern, daß „die Transfersummen gemäß geltender Abkommen wie bisher zur Reduzierung der Forderungen der DDR verrechnet werden“. Zusätzliche Warenlieferungen nach Mocambique müßten unterbleiben.

30 Militärstaatsanwalt, Grenzkommando Süd: Bericht über Schlägerei von zwei AGT mit Mocambiquanern. BArch Freiburg, DVW/13/55406.

Nachdem es wegen der niedrigen Arbeitslöhne, die den Mocambiquanern gezahlt wurden, im VEB Gewächshausanlagen Vockerode zu einem Streik gekommen war, erfolgte „die vorzeitige Rückführung von sechs Rädelsführern aus Vockerode in das Heimatland“. Nach Auffassung des DDR-Staatssicherheitsdienstes, der den Streik nach oben meldete, gehörten die Mocambiquaner jedoch nicht zu den Ausländergruppen, die als „kriminelle Schwerpunkte“ einzustufen seien. Denn „das generell bescheidene Auftreten der mocambiquanischen Werkstätigen ermöglichte bisher ein relativ problemloses Einordnen in die gesellschaftlichen Verhältnisse der DDR. Trotz der begrenzten subjektiven Voraussetzungen sind sie bemüht, die übertragenen Arbeitsaufgaben zu erfüllen, was ihnen auch Achtung unter den DDR-Arbeitskollegen einbrachte. Gleichzeitig wurde von Anfang an darauf hingewiesen, daß mocambiquanische Werkstätige sensibel auf vermeintliche Angriffe gegen ihre Person reagieren. Diese Verhaltensweisen verstärken sich wesentlich unter Alkoholeinfluß. Mißverständnisse, ungeklärte oder ungenügend erläuterte Maßnahmen im Arbeits- und Freizeitbereich werden schnell als Rassendiskriminierung angesehen und lösen aggressive Maßnahmen aus.“ Beunruhigt äußerten sich die MfS-Wirtschaftsabteilung über Anzeichen einer „allgemein festzustellenden zunehmenden Abneigung von Teilen der DDR-Bevölkerung gegenüber Ausländern“. Dabei seien „die mocambiquanischen Werkstätigen wegen ihrer äußeren Erscheinung eine besondere Zielgruppe. So kam es im Juni 1988 zu einer Konzentration von Vorkommnissen unter Beteiligung von mocambiquanischen Werkstätigen. Bei mehreren tätlichen Auseinandersetzungen in den Südbezirken der DDR, die durch ausländerfeindliche DDR-Jugendliche provoziert und bei denen Schlaggegenstände und Messer angewendet wurden, sind mehrere Beteiligte körperlich und ein DDR-Bürger tödlich verletzt worden.“³¹

So kam es im Juni 1988 während einer Tanzveranstaltung in Großenhain, Landkreis Meißen, zu Streitigkeiten zwischen Mocambiquanern und deutschen Jugendlichen. Als sich die etwa zwanzig Mocambiquaner auf den Heimweg machten folgten ihnen 45 bis 50 Personen bis an die Unterkunft auf dem Gelände des VEB Textima Großenhain. Sie bewarfen die Mocambiquaner mit Steinen und Flaschen, diese warfen zurück und zogen sich auf Veranlassung ihres Gruppenleiters in ihre Unterkunft zurück. Mehrere DDR-Bürger bedrängten einen der dort eingetroffenen Volkspolizisten derart, daß er einen Warnschuß abgab. Weitere Kräfte trafen ein und stellten kurz nach Mitternacht die Ruhe wieder her. Zwei Deutsche und zwei Mocambiquaner erlitten leichte Verletzungen. Die Ursache der Auseinandersetzung lag nach Auffassung des Staatssicherheitsdienstes „im übermäßigen Genuß von Alkohol durch die mocambiquanischen Werkstätigen“.³²

Im April 1988 stellte ein freiwilliger Helfer der Volkspolizei in Göderitz fest, daß in der dortigen Friedrich-Ebert-Straße, die Losung „Schieß Neger“ mit schwarzen, silbernen und roten Nitro-Reparaturlacken auf den Asphalt der Straße geschmiert worden war. „Länge 3,20 m Höhe, 0.50 m. Als Täter wurde Andre V. (18), Walzwerker-Lehrling in VEB Stahl- und Walzwerk Riesa ermittelt. Der V. brachte die Losung aus persönlicher Verärgerung über farbige Werkstätige an seinem Arbeitsplatz an.“ Das Ermittlungsverfahren gegen ihn nach § 140 StGB (Beleidigung wegen Zugehörigkeit zu einer anderen Nation oder Rasse) wurde ohne Haft abgeschlossen.³³

31 MfS, HA XVIII: Analyse vom 2. Februar 1988 über den Stand der Wirtschaftsbeziehungen der DDR mit der VR Mocambique. BStU, ZA, MfS - HA XVIII Nr. 21618.

32 MfS, ZOS: Bericht vom 12. Juni 1988 über Auseinandersetzung zwischen Deutschen und Mocambiquanern in Großenhain. BStU, ZA, MfS HA VII Nr. 5612

33 MfS, BV Dresden: Anbringen einer Schmiererei mit rassistischem Inhalt durch einen Bürger der DDR in Gröditz/Riesa/Dresden und ähnliche Meldungen aus anderen Bezirken. BStU, ZA, MfS - HA VII, 5838. In dieser Überlieferung findet sich eine Mitteilung der MfS-Bezirksverwaltung



„Madgermanes“ in Maputo

Quelle: <http://madgermany.de/>

Unter der Überschrift „Madgermanes‘ träumen immer noch von der DDR“ brachte der *Kölner Stadtanzeiger* im Januar dieses Jahres eine leicht sozialromantische Reportage über die heutigen Probleme ehemaliger DDR-Vertragsarbeiter in ihrem Heimatland: „Etwa 20 000 ‚Madgermanes‘ leben in Mosambik – so werden dort die Menschen genannt, die bis 1989 in Ostdeutschland heimisch wurden – und fast nur gute Erinnerungen an diese Zeit haben. Nach der

Wende brach für sie und ihre Familien eine Welt zusammen“, heißt es in der Einleitung dieser Reportage. Während viele DDR-Bürger von einer Flucht nach Westdeutschland träumten, sei den Afrikanern „das Leben im Osten wie ein Paradies“ erschienen. „In Mosambik tobte ein Bürgerkrieg. In der DDR war es friedlich, niemand hungerte, sie hatten Geld – und Frauen.“³⁴ Regelmäßig demonstrieren in Mocambiques Hauptstadt Maputo noch immer „Madgermanes“ mit DDR-Fahnen für die Auszahlung der Löhne, die ihnen zu DDR-Zeiten abgepreßt wurden und für die Rückübertragung ihrer Zwangsbeiträge zur DDR-Sozialversicherung.

Angriffe auf ausländische Militärkader

Nicht nur Angriffe auf ausländische Vertragsarbeiter sind in zahllosen Berichten der DDR-Sicherheitsorgane überliefert, auch gegen „ausländische Militärkader“ (DDR-Kürzel: AMK) richtete sich der Unmut von gemeinen DDR-Jungmännern. In Leipzig kam es am 1. Januar 1988 zu tätlichen Auseinandersetzungen zwischen drei syrischen Militärschülern und DDR-Jugendlichen. Die vier Syrer hatten mit drei Frauen, darunter eine Kubanerin, in einer Wohnung Silvester gefeiert. Sie begaben sich gegen 0.30 Uhr zu einer nahe gelegenen Telefonzelle. Da die Telefonzelle besetzt war, warteten sie davor. Es näherten sich die beiden neunzehnjährigen DDR-Bürger Ö. und H. sowie der siebzehnjährige M. Sie beleidigten die Syrer und griffen sie an. Einer der Syrer erhielt einen Faustschlag ins Gesicht und ging mit einer Augenverletzung zu Boden, ein zweiter lief zurück in die Wohnung, der dritte wehrte sich mit einem Messer und verletzte zwei der Angreifer leicht und den dritten so schwer am Dünndarm, daß eine Operation notwendig wurde. Die drei Syrer wurden durch die Volkspolizei in Untersuchungshaft genommen aber noch am gleichen Tag wieder entlassen. Der siebzehnjährige Angreifer hatte unterdessen zugegeben, daß die Auseinandersetzung von ihm und seinen Freunden ausgelöst wurde. Die Stasi-Meldung über den Zwischenfall stand zunächst unter der

Berlin „Öffentliche Herabwürdigung aus einer Gruppe von Fußballanhängern der SG Dynamo Dresden auf dem Alexanderplatz in Berlin-Mitte“. Demnach rief die Gruppe am 6. April 1988 zwischen 13.30 und 14.45 Uhr auf dem Weg vom Brunnen der Völkerfreundschaft zum Fernsehturm mehrfach „Juden raus aus Berlin, Berlin, Berlin. Scheiß Ost-Berlin. Berlin gehört zu West-Berlin. Judenschweine!“ Vor dem Fernsehturm schlugen sie auf fünf Jugendliche ein.

34 Janssen, Heike: „Madgermanes‘ träumen immer noch von der DDR. In: *Kölner Stadtanzeiger* vom 21. Januar 2015.

Überschrift: „Verdacht der vorsätzlichen Körperverletzung durch Staatsbürger der Syrischen Arabischen Republik“. In einer Abschlußmeldung hieß es dann, alle Beteiligten hätten unter Alkoholeinfluß gestanden, die Militärstaatsanwaltschaft habe festgestellt, daß Hussein H., der sich mit seinem Taschenmesser verteidigte, in Notwehr gehandelt habe. „Der Sachverhalt wurde zum Anlaß einer Belehrung unter den AMK genutzt, um derartige Zwischenfälle künftig auszuschließen.“ Ob auch die drei DDR-Jugendlichen belehrt wurden, ist der Meldung nicht zu entnehmen.

Am 17. Februar 1988 kam es bei einer „Faschingsdisco im Haus der Grenztruppen“ zu einer Schlägerei zwischen DDR-Offiziersschülern und Militärschülern aus Afghanistan. Ein Offiziersschüler schlug den Afghanen Arif S. ins Gesicht und brach ihm das Nasenbein. Die Untersuchung des MfS erbrachte angeblich keine politischen Motive, die Auseinandersetzung sei durch Sprachschwierigkeiten und Alkoholeinwirkung ausgelöst worden.

Am 19. März 1988 kam es zwischen vier syrischen Militärschülern der Offiziershochschule „Otto Winzer“ in Prora und DDR-Bürgern zu einer Schlägerei. Die Abteilung Volksmarine der Stasi meldete am 30. März 1988 aus Stralsund eine tätliche Auseinandersetzung zwischen dem libyschen Offiziersschüler Sulaiman K. J. der Volksmarine-Offiziersschule „Karl Liebknecht“ und einem jungen DDR-Bürger. Dieser hatte den Libyer auf der Toilette des Jugendclubs „Goldener Löwe“ in angetrunkenem Zustand als „Kanaker“ beschimpft und geäußert, „daß die Ausländer in der DDR nichts zu suchen hätten“. Dann griff er den ihm körperlich unterlegenen Offiziersschüler an und würgte ihn erheblich. Die Untersuchung ergab, daß J. sich in Todesangst mit einem Messer zur Wehr setzte und D. durch drei Messerstiche am Oberschenkel und in der Leistengegend verletzte. Die Verletzungen waren nicht lebensgefährlich. Im MfS-Untersuchungsbericht heißt es, daß J. seinen Gegner „in einer der Gefährlichkeit des Angriffs angemessenen Weise abgewehrt habe“. Weiter heißt es im Bericht unter Maßnahmen: Die Staatsanwaltschaft solle die strafrechtliche Verantwortlichkeit des DDR-Bürgers prüfen. „Dem Kreisstaatsanwalt wird empfohlen, eine Presseinformation ohne konkrete Benennung des ausländischen Militärkaders zu veranlassen.“³⁵

Die lange Vorgeschichte deutschnationalen Eigendünkels in der DDR

Die Wurzeln des deutschnationalen Eigendünkels im SED-Staat lagen in seinen Anfängen. In der Nachkriegszeit war der Weg vom völkischen zum volkseigenen Nationalismus nur kurz. Die sowjetische Besatzungsmacht beendete bereits 1947 die Entnazifizierung per Befehl. Einfache NSDAP-Mitglieder durften fortan in die SED aufgenommen werden, und das geschah DDR-weit rasch und lautlos. Im Dezember 1947 sprach das SED-Politbüromitglied Anton Ackermann, der ein Jahr zuvor den „besonderen deutschen Weg zum Sozialismus“ verkündet hatte, vor SED-Funktionären über die Integration ehemaliger Nazis. Demnach sollten Nationalsozialisten der Jahrgänge ab 1919 mit folgender Argumentation für die SED gewonnen werden: „Das, was ihr vom Faschismus erwartet habt, nämlich eine neue Weltordnung, eine neue soziale Ordnung, den sogenannten deutschen Sozialismus, konnte euch der Faschismus niemals bringen, denn er war ja nichts anderes als die schlimmste, großkapitalistische Reaktion. Aber das, was der Faschismus nicht verwirklichen konnte, wird nun der Marxismus, der wissenschaftliche Sozialismus, verwirklichen.“³⁶

35 MfS, HA I: Tätliche Auseinandersetzung zwischen AMK-PLO u.a. Meldungen vom 1. Quartal 1988. BStU, ZA, MfS HA I Nr. 14957 Teil 1 bis 3.

36 Vgl. Schumann, Frank (Hrsg.): Anton Ackermann. Der deutsche Weg zum Sozialismus. Selbstzeugnisse und Dokumente eines Patrioten. Berlin 2005.

In dieser Zeit sorgten die SED-Untergliederungen in einstigen Nazi-Hochburgen für eine zügige Integration ehemaliger Nazis. In Thüringen hatten 1948 schon 5,3 Prozent der SED-Mitglieder vor 1945 der NSDAP angehört. Bis 1954 stieg ihr Anteil auf insgesamt 8,6 Prozent. In einzelnen Bezirksverbänden lagen die Spitzenwerte der zur SED bekehrten Nazis bei 12,5 Prozent (Magdeburg) oder 15,4 Prozent (Erfurt). Eine nachholende Hinterfragung dieser Eingemeindung früherer Nationalsozialisten, wie sie in der Bundesrepublik Anfang der 1960er Jahre einsetzte, gab es in der DDR nicht. Die volkseigenen Nationalsozialisten wurden in der DDR hartnäckig „beschwiegen“, Nazis gab es nur im Westen. Wie weit sich die SED-Propaganda Anfang der 1950er Jahre auch in die Urgründe der Deutschtümelei verstiegen hat, zeigt die Umdichtung des KPD-Kampfliedes „Roter Wedding“, das Ernst Busch 1950 in seiner „Lied der Zeit GmbH“ auf Platte brannte:

*„Und schlug auch der Feind uns're Besten tot
der Wedding kommt wieder,
Berlin bleibt rot damit
Deutschland den Deutschen gehört!“*

Familie und Lebenswelt prägten auch in der DDR trotz des totalitär durchstrukturierten Bildungssystems nachhaltig die politische Einstellung von Kindern und Jugendlichen. Das SED-Regime konnte und wollte nicht wahrhaben, daß unter der Oberfläche seiner Erziehungsdiktatur und des offiziell gehegten Antifaschismus eine verdrängte Vergangenheit weiter virulent blieb. Doch immer wieder flackerten neonazistische Gesinnungen und Handlungen auf. Die regierenden Kommunisten lasen in den Berichten ihrer Sicherheitsorgane schon in den frühen sechziger Jahren fast allwöchentlich von Hakenkreuzschmierereien und „Vorkommissen“ mit rechten Jugendlichen, mit Kindern des Sozialismus also, aufgewachsen und eingeschult im „sozialistischen Vaterland“.

Mit großem Propagandagetöse reagierte die DDR nach den Weihnachtsfeiertagen 1959 auf Hakenkreuzschmierereien in Westdeutschland. Rechtsradikale hatten an Heiligabend die Kölner Synagoge mit antisemitischen Parolen geschändet. In weiteren Orten der Bundesrepublik ereigneten sich in Kettenreaktion ähnliche Zwischenfälle. Aber auch in der DDR kam es zu Nachahmungstaten, die man jedoch geheimhielt, weil nicht sein konnte, was nicht sein durfte. Der Ost-Berliner Polizeipräsident Fritz Eikemeier meldete der SED-Führung für die Zeit vom 1. Januar bis zum 15. Februar 1960 insgesamt 251 Hakenkreuzschmierereien und 55 Fälle von „Hetze der besonderen Art“. Als „Hetze

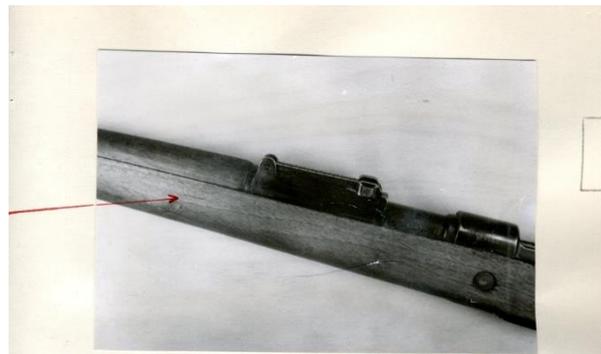


Bild 3 zeigt eine Teilaufnahme des Karabiners № 1365. Pfeil zeigt auf das Hakenkreuz, welches sich am oberen Teil des Schaftes unterhalb des Handschutzes an der linken Seite des Karabiners befindet.



Bild 4 zeigt eine Nahaufnahme des Karabiners № 1365 mit dem Hakenkreuz.

der besonderen Art“ verklausulierte man antisemitische Vorfälle. 59 Täter, die Hakenkreuze geschmiert hatten, konnten ermittelt werden, davon waren 35 Kinder.³⁷ Der Hilfsmaurer Wolfgang L., Jahrgang 1941, beschäftigt beim VEB Bau Parchim, wurde im Juli 1961 festgenommen, weil er Hakenkreuze und die Losung „Groß Deutschland“ an eine Toilettenwand angebracht hatte. Es stellte sich heraus, daß er während einer Übung der „Kampfgruppen der Arbeiterklasse“ auch in den Schaft seines Karabiners ein Hakenkreuz eingeritzt hatte. Auf die Frage, aus welchen Gründen er „das faschistische Hakenkreuz in den Karabinerschaft“ geritzt habe, antwortet L.: „Dieser Karabiner war ein altes Modell ‚K 98‘. Ich dachte mir, daß dieser Karabiner schon viel mitgemacht hätte und daß mit diesem Karabiner schon während des II. Weltkrieges gekämpft wurde. Während dieser Gedankengänge kratzte ich das faschistische Hakenkreuz in den Schaft. Für mich hatte das faschistische Hakenkreuz keine Bedeutung, aus diesem Grunde habe ich meiner Tatausführung auch keine Bedeutung beigemessen.“³⁸

BSTU
0159

Hauptabteilung XX/AG RV Berlin, den 8. 1. 1975

A u f s t e l l u n g

der Tatbestände von Hakenkreuzschmierereien im ZK der SED

20.10.1960	im Paternoster an der Treppe 3	3 Hakenkreuze
22.10.1960	" " " " " 3	1 Hakenkreuz
10.11.1960	im Kellergang	1 Hakenkreuz
5. 9.1961	im Paternoster an der Treppe 8	1 Hakenkreuz
6.10.1961	im Paternoster an der Treppe 4	1 Hakenkreuz
21. 9.1962	im Paternoster an der Treppe 8	1 Hakenkreuz
23.11.1962	im Paternoster an der Treppe 8	1 Hakenkreuz
27.11.1962	im Paternoster an der Treppe 8	1 Hakenkreuz
29.11.1962	im Paternoster an der Treppe 8	2 Hakenkreuze
15. 5.1963	im Paternoster an der Treppe 8	1 Hakenkreuz
5. 6.1963	im Paternoster an der Treppe 8	1 Hakenkreuz
1. 7. 1963	Damentoilette an der Treppe 6	2 Hakenkreuze
8. 7.1963	im Paternoster an der Treppe 8	1 Hakenkreuz
10. 7.1963	im Paternoster an der Treppe 8	1 Hakenkreuz
12. 7.1963	im Paternoster an der Treppe 8	3 Hakenkreuze
16. 1.1964	in der Damentoilette /Treppe 6	1 Hakenkreuz
24. 2.1964	in der Damentoilette /Treppe 6	1 Hakenkreuz und 1 SS-Rune
25. 3.1965	im Paternoster an der Treppe 5	1 Hakenkreuz
26. 3.1965	im Paternoster an der Treppe 5	1 Hakenkreuz
29. 3.1965	im Paternoster an der Treppe 5	2 Hakenkreuze
25. 5.1965	im Paternoster an der Treppe 5	1 Hakenkreuz
25. 6.1965	im Paternoster /Fahrkorb 9	1 Hakenkreuz
28. 6.1965	im Paternoster	1 Hakenkreuz
2. 7.1965	im Paternoster an der Treppe 7	1 Hakenkreuz
12. 7.1965	im Paternoster/Treppe 5 /Korb 14	1 Hakenkreuz
9. 8.1965	im Paternoster an der Treppe 5	1 Hakenkreuz
10. 8.1965	im Paternoster an der Treppe 5	1 Hakenkreuz
19. 8.1965	im Paternoster an der Treppe 5	1 Hakenkreuz

Seite 1 der Aufstellung über Hakenkreuze und SS-Runen im ZK Gebäude von 1960 bis 1975. Verdächtig wurden in der Regel Handwerker und Reinigungskräfte. Häufige Tatorte: Paternoster und Damentoiletten. Insgesamt 47 Schmierereien wurden im ZK-Gebäude festgestellt.

In der zweiten Hälfte der sechziger Jahre kam es parallel zu den Wahlerfolgen der NPD in den westdeutschen Landtagswahlen zu einer Welle von Hakenkreuzschmierereien in den DDR-Bezirken. Als Täter ermittelte die Staatssicherheit vorwiegend Lehrlinge und junge Arbeiter, die in kleinen Gruppen oder unorganisiert handelten.³⁹ Zehn Jahre später gingen im SED-Zentralkomitee Meldungen über neonazistische Vorfälle und „faschistische Gruppenbildungen“ an Schulen der DDR ein, die noch alarmierender waren, weil rechtsradikale Gesinnung zum Teil aggressiv zur Schau gestellt wurde.

SED-Chef Erich Honecker erhielt solche Berichte laufend aus allen DDR-Bezirken zur Kenntnis, so auch einen mit schlechten Beispielen aus der Dresdner Jugendkultur. Dort häuften sich an der 59. Oberschule „Verherrlichungen faschistischer Symbole und Verbreitung faschistischen Gedankengutes (Gedichte und Lieder auf Hitler, Austausch faschistischer Literatur)“. Kinder sowjetischer Staatsbürger

37 Präsidium der Volkspolizei Berlin; Eikemeier, Fritz: Information vom 29. Februar 1960 über „Hetze besonderer Art“ und Schmierereien von Hakenkreuzen. LAB, C Rep. 303, Nr.41.

38 MfS, BV Schwerin: Festnahme eines Hilfsmaurers wegen Hetzlosungen. BStU, Ast. Swn., MfS BV Swn AU 158/62.

39 Vgl. u.a. Abteilung Sicherheitsfragen des ZK der SED; Borning, Walter (Abteilungsleiter Sicherheitsfragen): Hausmitteilung vom 7. April 1966 an Prof. Norden betr. Hakenkreuzschmierereien in Coswig. Die Täter waren 15jährige Schüler und Lehrlinge. SAPMO-BArch, ZPA, IV A2/2028/134, Bestand Büro Norden.

seien verhöhnt und beschimpft worden. „An sechs Oberschulen tauchten selbstgegosene Totenkopfabzeichen auf.“ An der Oberschule „Otto Grotewohl“ in Bautzen fand man bei achtzig Schülern ein solches Abzeichen und bei vierzig Schülern „faschistische Liedtexte“. Insgesamt seien dort 126 Schüler in diesem Zusammenhang auffällig geworden und „47 Kinder von Genossen Eltern waren in diese Vorkommnisse verwickelt“. Die Schlußfolgerung der SED-Kontrollkommission lautete: „Diese Vorkommnisse widerspiegeln die ideologische Stoßrichtung des Gegners und seinen Einfluß auf einen Teil der Jugend. Sie tragen antikommunistische, antisowjetische und nationalistische Züge. Bei einem ganzen Teil der Vorkommnisse geht es nicht mehr um einzelne Jugendliche, sondern in starkem Maße sind ganze Gruppen beteiligt.“ Es gebe an vielen Schulen „keine selbständige Gegenreaktionen der FDJ- und Pionierkollektive“.⁴⁰

Die Kunde von solchen Ereignissen erreichte auch den damaligen Ständigen Vertreter der Bundesrepublik in Ost-Berlin Günter Gaus. Besorgt äußerte er sich im November 1978 gegenüber dem mit ihm befreundeten DDR-Journalisten Karl-Heinz Gerstner über nazistische Umtriebe an Schulen der DDR und die Schändung jüdischer Gräber. Gerstner, ein ehemaliges NSDAP-Mitglied, hatte es in der DDR zum Chefreporter der *Berliner Zeitung* gebracht und inoffiziell zum Informanten der Staatssicherheit mit Decknamen „Ritter“. Er meldete sein Gespräch mit Gaus gehorsam weiter: „G. behauptet, daß man in der DDR viel nationalistischer sei als die Menschen in der Bundesrepublik. Man würde in der DDR alte nationalistische Überheblichkeit und Arroganz an den Tag legen.“⁴¹ Eine solche Haltung legten mitunter sogar DDR-Entwicklungshelfer im Ausland an den Tag. Eine inoffizielle Stasi-Informantin, IMS „Victoria“, die als Dolmetscherin in Mocambique eingesetzt war, berichtete ihrem Führungsoffizier nach ihrer Rückkehr über „rassistische Tendenzen“ bei einem DDR-Kühlanlagentechniker. Er

habe in der Hotelbar laut und grobschlächtig über Land und Leute geäußert, „die Schwarzen können nichts, das Essen sei ein Fraß, Scheißland, man könne sich nicht amüsieren“.⁴²

Im Jahr 1985 machten sich sogar Stasioffiziere der Abteilung Terrorabwehr in einer kollektiven Doktorarbeit an der Potsdamer MfS-Hochschule Gedanken über den Schutz von Ausländern in der DDR. Es dürfe „die Tendenz bei einzelnen Jugendlichen zur Hinwendung zu neofaschistischen Auffassungen, zum Zusammenschluß und zur Gewaltanwendung gegen Ausländer in der DDR nicht übersehen werden“.⁴³ Im Bezirk Potsdam mit

Ausländer in der DDR 1989

nach Nationalitäten (Hunderterstellen gerundet)

Staatsangehörigkeit	Zahl	Anteil in %
Vietnam	60 100	31,4
Polen	51 700	27,1
Mosambik	15 500	8,1
Sowjetunion	14 900	7,8
Ungarn	13 400	7,0
Kuba	8 000	4,2
Belgien	4 900	2,6
Tschechoslowakei	3 200	1,7
Jugoslawien	2 100	1,1
Angola	1 400	0,7
Gesamt	191 200	100

Quelle: *Wirtschaft und Statistik*, 1990, H. 8, S. 544.

40 Mückenberger, Erich; ZPKK: Hausmitteilung vom 11. Oktober 1977 an Erich Honecker über Zwischenfälle an Schulen und Universitäten im Bezirk Dresden. SAPMO-BArch, ZPA, DY 30 / vorl. SED 26604, Bestand Büro Mückenberger.

41 Gerstner, Karl-Heinz; MfS, HA II/ 3; Sattler (Hauptmann): MfS-Unterlagen zu IM „Ritter“ alias Karl-Heinz Gerstner. BStU, ZA, A-119/88, Bd. 3, ursprünglich MfS XV/3719/77.

42 MfS, Abt. II, BV Frankfurt/Oder: MfS-Unterlagen zu IMS „Victoria“ alias Anetta Kahane. BStU, Ast. Ffo, MfS BV Ffo AIM 613/82.

43 Franz, (Oberst); Jäckel, (Oberst); Grunow, (Oberst); Stegemann, Dr. (Major); MfS, Juristische Hochschule Dezember 1985: Die Arbeit im und nach dem Operationsgebiet zur Abwendung von Angriffen und Gefahren des von Organisationen, Gruppen und Einzelkräften praktizierten Terrorismus. BStU, ZA, MfS - JHS Nr. 21982.

rund 1,1 Millionen Einwohnern lag der Ausländeranteil damals bei 0,5 Prozent. In der ganzen DDR lebten am Ende etwas mehr als 191 000 ausländische Zivilisten, zum größten Teil aus sogenannten „sozialistischen Bruderländern“. Das größte Kontingent mit über 60 000 stellte Vietnam, 51 700 kamen aus Polen, 15 500 aus Mocambique, 14 900 aus der Sowjetunion, 13 400 aus Ungarn, 8 000 aus Kuba und 4 900 aus Bulgarien. Die Bundeszentrale für politische Bildung macht in einer Statistik übrigens die Bulgaren im nachhinein zu Belgiern (s. o.).⁴⁴

Kleine „Thälmann-Pioniere“, von denen nach dem Ende der DDR mancher bei den Jungnazis in Ostdeutschland eine neue Heimat fand, lernten 1985 aus ihren Liederbüchern noch Zeilen wie diese: „Und wir lieben die Heimat, die schöne / und wir schützen sie, weil sie dem Volk gehört, weil sie unserem Volk gehört.“ Als es dann kurz nach dem Ende der SED-Diktatur in den letzten Tagen der DDR zu ausländerfeindlichen Ausschreitungen in der vordem sozialistischen Musterstadt Hoyerswerda kam und erwachsene DDR-Bürger dem jugendlichen Mob, der ein Ausländerheim angriff, offen applaudierten, war das Entsetzen groß. Nun nahm die Öffentlichkeit wahr, was DDR-Medien über alle Jahre unter dem Panzer der offiziellen Staatsideologie geheimgehalten hatten. Noch im Februar 1989 behauptete der stets gut über das Geschehen in seinem Land informierte Erich Honecker gegenüber dem Vorsitzenden der Kommunistischen Partei Luxemburgs, René Urbany, nach dessen Hinweis auf ausländerfeindliche Stimmungen in Westdeutschland, „der Fremdenhaß liegt sehr stark in der deutschen Mentalität. Bei uns in der DDR ist das überwunden. Bei den Maidemonstrationen sieht man Menschen verschiedener Hautfarbe und Herkunft, die in Brüderlichkeit und Freundschaft zusammengehen.“⁴⁵ Erich Honecker starb als Ausländer in Chile. IMS „Victoria“ engagiert sich heute in der „Amadeu Antonio Stiftung“ gegen Ausländerfeindlichkeit. Der angolische Vertragsarbeiter Amadeu Antonio Kiowa wurde im brandenburgischen Eberswalde im November 1990 von einem rechtsradikalen Mob mit Baseballschlägern zu Tode geprügelt.

44 Vgl. Grundlagendossier Migration, Ausländerbeschäftigung und Asylpolitik in der DDR 1949–1989/90. <http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/dossier-migration/56368/migrationspolitik-in-der-ddr>, zuletzt eingesehen am 4.11.2015. Der Autor dieses Textes nahm diese hohe Belgierzahl aus der Statistik der Bundeszentrale für politische Bildung in seinen für die FAZ geschriebenen Text zum Thema Fremdenfeindlichkeit in der DDR auf. Vgl: Staadt, Jochen: Deutschland den Deutschen. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 31. August 2015. Das brachte ihm einige verwunderte Nachfragen aus Belgien ein, wie sich denn die hohe Belgierdichte in der DDR erkläre. Eine Nachprüfung in anderen Überlieferungen deckte die Fehlerquelle Bundeszentrale für politische Bildung auf. Die korrekten Zahlen veröffentlichte die Ausländerbeauftragte des Berliner Senats 1993. Vgl. Stach, Andrzej/ Hussein, Saleh: Ausländer in der DDR – Ein Rückblick. Berlin 1993 S. 6.

45 Abteilung Internationale Verbindungen des ZK der SED: Vermerk über das Gespräch des Generalsekretärs des ZK der SED, Erich Honecker, mit dem Vorsitzenden der Kommunistischen Partei Luxemburgs, René Urbany, am 20. Februar 1989 im Haus des Zentralkomitees. SAPMO-BArch, IPA, J IV /957, Bestand Erich Honecker.